

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

31.1.1925 (No. 26)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. n. a.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verteilung und Kontraktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Zur Abgabe von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen.

* Zur politischen Lage

Schon vor der Regierungskrise im Reich mußte man den Eindruck gewinnen, daß unsere früheren Gegner drauf und dran waren, den Geist, der die Londoner Abmachungen zustandekommen ließen, zu verleugnen. So ist die Note in der Entwaffnungsfrage entstanden. Wiederholt haben wir an dieser Stelle die Frage aufgeworfen ob denn wirklich alle Alliierten, also auch England und Italien, im Ernst daran glauben, daß Deutschland sich hinsichtlich der Entwaffnungsfrage größere Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, und daß von Deutschland ein Revanchekrieg zu befürchten ist. Bei der offenkundigen Unsinngigkeit eines solchen Glaubens mußten wir immer wieder zu der Auffassung gelangen, daß es ganz bestimmte politische Gründe sind, und zwar Rücksichten auf Frankreich, die die Alliierten zu ihrer Haltung bewegen, daß also etwaige geringfügige Verfehlungen Deutschlands in der Entwaffnungsfrage nur als Vorwände zu dienen haben für eine neue Auflage französischer nationalistischer Politik.

Daß die Vorgänge bei der Bildung des Kabinetts Luther und die Vorgänge im preußischen Parlament im Sinne einer Verstärkung dieser nationalistischen Tendenzen in Frankreich wirken würden, war ja vorauszu- sehen. Und so hat denn auch Herriot selbst, ohne allerdings das Reichskabinett unmittelbar zu bezichtigen, in der Ergänzung zu seiner großen Kammerrede einen Trennungsstrich gezogen zwischen dem demokratischen und dem nationalistisch-militaristischen Deutschland und erklärt, daß die Sorgen Frankreichs nur durch das Verhalten des nationalistischen Deutschland hervorgerufen würden.

Wenn er sich dabei auf Tatsachen von größerer Bedeutung hätte berufen können, so hätten wir allen Anlaß, derartige Vorwürfe und Anlagen aufs Ernsteste zu beachten. Das aber, was Herr Herriot in seiner Rede vorgebracht hat, ist wiederum so geringfügig und so wenig substantiiert, daß man es vollkommen verstehen kann, wenn Dr. Luther jetzt in seiner Erwiderung Herrn Herriot gefragt hat, ob „er denn wirklich der Ansicht sei, daß diese von ihm angeführten Einzelheiten auch nur im Entferntesten als ein Beweis für die Bedrohung der Sicherheit Frankreichs angesehen werden könnten“.

Dr. Luther hat aber darüber hinaus betont, daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, Verstöße in der Entwaffnung, wenn sie bekannt gegeben werden, sofort zu befeitigen. Und er hat verlangt, daß man nun endlich den Bericht, in welchem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als 1800 Besuchen zusammengestellt hat, Deutschland übermitteln sollte; Deutschland werde dann den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Grund vorliegt, aus dem Ganzen einen internationalen Konflikt zu machen.

Dementprechend hat Dr. Luther die klare Frage an Herrn Herriot gerichtet, ob er entschlossen sei, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Befestigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung garantiert ist. Wenn es etwas gibt, was die Tatsache unseres guten Gewissens beweisen kann, so ist es diese Frage. Deutschland will auch jene kleinen Verstöße, die etwa in dem Bericht der Kontrollkommission vorgebracht werden könnten, sogleich abstellen. Aber erst müssen wir doch erst einmal wissen, was man uns eigentlich vorwirft.

Auch die Erklärung Dr. Luthers, daß Deutschland der allgemeinen Sicherheitsfrage und der Verwirklichung des Sicherheitsgedankens ein sehr reales Interesse entgegenbringe, zumal es ja, selbst entwaffnet, von wasserstehenden Nachbarn umgeben sei, und weiter die Äußerung, daß die Reichsregierung auch zu einem Kompromiß in der Räumungsfrage bereit sei, können Frankreich und die ganze Welt doch nur davon überzeugen, daß auch das Kabinett Luther von demselben Geist der Versöhnung und der Friedlichkeit befeelt ist, wie das vorherige Kabinett. Jedenfalls findet sich auch in dieser neuesten Rede Dr. Luthers kein einziger Satz, mit welchem die Linie einer Politik der Versöhnung und des Friedens verlassen würde. Und auch der Wunsch, Deutschland nun endlich von dem ungerechtfertigten Vorwurf, durch seine Angriffe den Weltkrieg entfesselt zu haben, entlastet zu sehen, dürfte, wenn Frankreich selbst ehrlichen Willens ist, gewiß kein Hindernis für eine Weiterführung der in London begonnenen Politik sein.

Offenbar sind es innerpolitische Erwägungen gewesen, die Herrn Herriot zu seinem Umfall — denn das war seine Rede — veranlaßt haben. Wenn aber die Macht der nationalistischen Strömung in Frankreich bereits wieder so groß geworden ist, daß Herriot ihr seine Überzeugungen opfern muß, dann wird das Kabinett in Deutschland heißen können, wie es will, und es wird vor dieser aufgepeitschten nationalistischen Leidenschaft in Frankreich keine Gnade finden. Und es wird dann nur darauf ankommen, inwieweit England, Italien und Amerika nicht sind, den durch die Londoner Abmachungen fundamementierten Wiederaufbau Europas durch Frankreichs nationalistischen Wahn verhindern zu lassen.

Bei alledem kann man ruhig zugeben daß die Teilnahme der Deutschen an der Regierung die außenpolitische Situation für uns um einige Grad erschwert hat, da nun einmal die Deutschen als Träger nationalistischer und militaristischer Ideen abgestempelt sind. Um der Gerechtigkeit willen muß das deutsche Volk aber fordern, daß auch das Kabinett Luther nach seinen Taten beurteilt wird; und diese Taten sind ja bis jetzt wahrlich nicht so, daß sie die öffentliche Meinung draußen alarmieren könnten. Vergessen wollen wir übrigens nie, daß die Politik der Alliierten schon zu einer Zeit festgelegt und eröffnet wurde, als von einer Teilnahme der Deutschen an der Regierung ernstlich noch garricht die Rede sein konnte.

Die Wiederwahl des Sozialdemokraten Dr. Braun zum preußischen Ministerpräsidenten wird im übrigen dem Ausland beweisen, daß die demokratisch-republikanischen Parteien in Deutschland noch immer Macht genug besitzen, um eine wirkliche Gefährdung der Republik zu verhindern. Was nun nach der Wahl Dr. Brauns weiter geschehen wird, das zu sagen, ist nicht ganz leicht. Zwar hat diesmal das Zentrum — mit einer einzigen Ausnahme — völlig geschlossen für Herrn Braun gestimmt, und die Kommunisten haben ihre Stimme einem eigenen Kandidaten gegeben, dafür besteht aber noch wie vor die Möglichkeit, daß Maßnahmen und Gesehenswürde der Regierung durch ein erneutes Zusammengehen der Rechtsparteien mit den Kommunisten zu Fall gebracht werden. Entweder wird also ein Kabinett in der alten parteipolitischen Zusammensetzung zustandekommen und diese Möglichkeit mit in Kauf nehmen müssen, oder man wird versuchen, ein Kabinett zu bilden, das, wenn es auch fest auf republikanischem Boden steht, doch eine schmale Brücke, zum mindesten nach der Deutschen Volkspartei hin schlägt.

Auslandskredite der Länder oder Gemeinden

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände vom 1. November 1924 läuft mit dem heutigen Tage ab. Inzwischen haben die Länder gegenseitig vereinbart, sich bei der Aufnahme von Auslandskrediten die gemeinsam aufgestellten Richtlinien zu halten, deren Innehalten auch von ihren Gemeinden und sonstigen öffentlichen Verbänden und Anstalten verlangt wird. Da die Durchführung dieser Vereinbarung bei einigen Ländern eine Erweiterung des bestehenden Kommunalaufsichtsrechtes erfordert, hat der Reichspräsident, um keine Lücke in der Einheitsmäßigkeit der Kreditpolitik gegenüber dem Ausland eintreten zu lassen, eine für vier Wochen geltende Rechtsverordnung erlassen, die bestimmt, daß die Gemeinden und die Gemeindeverbände zur Rechtsgültigkeit von Krediten im Ausland oder zur rechtsgültigen Begebung von Anleihen im Ausland der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums bedürfen, soweit sie nicht von aufsichtsmäßig der Genehmigung unterliegen.

Die Regierung des Pfalz. In der Aussprache über den Etat des Ministeriums des Innern im bayerischen Landtag teilte der Minister des Innern u. a. mit, daß die Kreisregierung der Pfalz nunmehr wieder völlig befehligt, aber in ihrer Tätigkeit durch die Beschäftigungsbehörden wesentlich eingesengt sei. Bei dem Wechsel in dem Posten des Kreisdelegierten handelte es sich nur um einen Wechsel in der Person, nicht aber einen Wechsel im System. Irigendwelche optimistische Anschauungen seien jedenfalls nicht am Platze, Grund zur Klage sei nach wie vor vorhanden.

Forderungen der Auslands- und Grenzlandsdeutschen. Der Propagandaausschuß der Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen für die Gewährung einer neuen Entschädigung hatte am Freitag eine Versammlung nach der Berliner Stadthalle einberufen, die eine Entschädigung annahm, in der es unter anderem heißt: Die Auslands-, Kolonial- und Grenzlandsdeutschen beauftragen den Propagandaausschuß, um Gewährung einer neuen Entschädigung an den neugewählten Reichstag und die Reichsregierung heranzutreten. Die Versammlung verlangt Mindestbeträge, die eine bescheidene Erbschaftsbefreiung ermöglichen und schlagen vor 1600 M. für jede geschädigte Person über 21 Jahren, 750 M. für Personen von 16—21 Jahren, 250 M. für Kinder unter 16 Jahren.

Der Reichskanzler zur Rede Herriots

Der Reichskanzler Dr. Luther hielt Freitag abend bei dem Empfang der ausländischen Presse in der Presseabteilung der Reichsregierung in Berlin eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die nüchterne Arbeit der Sachverständigen, die die Reparationsfrage auf ihren wirtschaftlichen Kern zurückführten, ermöglichte die Londoner Konferenz und brachte so die Parteien am Verhandlungstisch zusammen. Die hier zum ersten Male nach dem Weltkrieg angewendete Methode der Verhandlung auf gleichem Fuße führte schnell zu einem bedeutamen Ergebnis. Unsere Erwartung, daß mit der Konferenz eine neue Epoche eingeleitet sei, in der die großen internationalen Probleme überhaupt nicht mehr durch einseitige Entscheidungen, sondern auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs der Interessen gelöst werden, schien bestätigt zu werden. Man durfte hoffen, daß diese Entwicklung auch ein gute Aussicht auf die diejenigen politischen Probleme eröffnete, die sonst noch der Lösung harren. In dieser Hoffnung ist Deutschland mit Beginn des neuen Jahres schwer enttäuscht worden.

Ich glaube, daß der Konflikt wegen der Räumung der 1. Zone seiner Lösung schon viel nähergebracht worden wäre, wenn die alliierten Regierungen das Verfahren, das auf der Londoner Konferenz einen so sichtbaren Erfolg gezeitigt hat, das Verfahren der vertrauensvollen Aussprache auch jetzt angewandt hätten. Gegenüber einem Lande, mit dem die Alliierten vor wenigen Monaten wichtige Probleme am Verhandlungstisch gelöst haben, nehmen die Alliierten in einer Frage von so vitaler politischer Bedeutung das Recht für sich in Anspruch, dieses selbe Land gleichsam vom Richterische aus wie einen Angeklagten zu behandeln und ihn sogar noch über den gefällten Urteilsspruch in Unkenntnis der einzelnen Anklagen und des Beweismaterials zu halten. Der französische Ministerpräsident macht uns jetzt Vorwürfe, daß wir durch Ausbildung von Zeitfreiwilligen Reservetruppen geschaffen hätten. Wenn man in Deutschland damals, als unsere innerpolitischen Verhältnisse eine besonders gefährliche Spannung zeigte, wirklich einige Tausend Studenten für einige Wochen zu Übungen herangezogen hat, was bedeutet das für das Ausland angesichts der Tatsache, als es in ganz Deutschland moderne Kampfmittel, die für die Kriegsführung allein ausschlaggebend sind, überhaupt nicht mehr gibt? Was bedeutet es, wenn nach einer Entwaffnungsaktion von so riesenhaftem Ausmaß hier und da geringe Bestände an altem Kriegsmaterial oder an überzähligen Ausrüstungsstücken gefunden worden sind? Demgegenüber fallen doch die Funde von 100 000 Stahlstäben für Gewehrläufe, 17 000 Stahlstäben für Maschinengewehrläufe, 10 000 Pistolenläufe und 100 Werkzeugkasten wirklich nicht ins Gewicht. Kein ernsthafter Militär wird sich dazu verstehen, derartigen Dingen irgendwelche militärische Bedeutung beizumessen. Ich kann Sie aber versichern, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, die Verstöße in der Entwaffnung, die ihr von den Alliierten nachgewiesen werden oder sonst zu ihrer Kenntnis gelangen, zu befeitigen. Man gebe uns zu diesem Zweck endlich den Bericht in dem die Kontrollkommission das Ergebnis von mehr als 1800 Besuchen zusammengestellt hat und wir werden den Nachweis erbringen, daß wirklich kein Anlaß vorliegt oder vorliegt, diesen Einzelfragen den Charakter eines internationalen Konfliktes zu geben.

Besondere Behandlung erfordert die Polizeifrage. Wir können auf eine Polizei, die straffer als unsere Polizei vor dem Kriege organisiert ist, nicht verzichten. Sollte es wieder zu trübsamen Zuständen kommen, dann würde der Kommunismus die Stunde für den Entscheidungskampf gekommen sehen. Die deutsche Reichswehr ist infolge ihrer starken Dislozierung sehr wenig geeignet, dieser Gefahr zu begegnen. Wir bedürfen dazu einer Polizei, die imstande ist, ohne jede Verzögerung in Aktion zu treten. Im übrigen sind das alles organisatorische Einzelfragen, über die meiner Ansicht nach bei vorurteilsfreier Behandlung un schwer eine Verständigung herbeigeführt werden könnte. — Unsere Verbündeten, die Amerikaner — so hat der französische Ministerpräsident ausgerufen — sollen wissen, daß Frankreich nicht ruhig sein kann, solange von Deutschland dieses Waffengeklirr herüberschallt. Wo hören Sie in Deutschland ein solches Waffengeklirr; es klingt fast wie ein Hohn, wenn solche Worte über ein Land gesagt werden, in dem es keine staatlichen Rüstungsanstalten gibt und dessen geringfügige Truppe weder schwere Artillerie, noch Flieger, noch Tanks besitzt, dessen Festungen geschleift oder völlig unmodern sind und von dessen Gebiet man 50 000 Kilometer einseitig zugunsten seiner Nachbarn entmilitarisiert hat. Ich bin mit Herriot darüber einig, daß wichtiger als die Zahl der Waffen und der Munition die moralische Abrüstung ist. Der Kasernenhof ist keine Sonntagschule und der Zweck militärischer Instruktionen kann niemals ein anderer sein, als die Ausbildung der Truppe für militärische Zwecke. Das hat mit Angriffsbahnen nicht das Geringste zu tun. Im übrigen wird aber die moralische Abrüstung in einem gesund empfindenden Volke sicherlich nicht dadurch gefördert, daß es sich allein unter den übrigen Völkern minutösesten Kontrollmaßnahmen unterworfen sieht. Versucht man die internationalen Fragen jahrelang durch militärischen Druck, statt durch friedliche Auseinandersetzung zu regeln, dann kann man sich nicht wundern, daß in dem betroffenen Lande mancher nicht mehr an einen Schutz des Rechtes, sondern nur noch an die Macht glauben mag.

Ich hoffe, daß mancher, der die Rede des französischen Ministerpräsidenten ohne Voreingenommenheit gelesen hat, sich fragen wird: Können die Alliierten nur diese Einzelheiten zur Begründung der Nichträumung anführen?; und ich knüpfte hieran die weitere Frage an Herriot: Ist er entschlossen, die

Mit der Beilage: 9. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags und Geschwister Knopf betr. „Weiße Woche“

nördliche Rheinlandgen sofort zu räumen, nachdem die Befestigung der Deutschland nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt ist? Es ist zum mindesten doppeldeutig, wenn er sagt, daß die französischen Truppen am Rhein die wichtigste und vielleicht sogar letzte Bürgschaft für die Sicherheit Frankreichs seien. Diese Doppeldeutigkeit wird auch nicht durch die Erläuterung beseitigt, die Herriot gestern gegeben hat etwa durch die Worte, seine Haltung sei nicht durch den Wunsch diktiert, für unbestimmte Zeit am Rhein zu bleiben. Sie werden es begreiflich finden, daß viele Kreise in Deutschland die Begründung der Nichträumung nur als Vorwand ansehen, und andere Motive vermuten. Auch in der Presse des Auslandes ist vielfach von diesen anderen Motiven und zugleich von der Möglichkeit die Rede gewesen, ihnen durch einen Kompromiß Rechnung zu tragen. Die Reichsregierung hat bisher niemals Gelegenheit gehabt, zu der Möglichkeit eines solchen Kompromisses Stellung zu nehmen. Sie würde es, wenn es die Räumung zu einem späteren Termin, sagen wir einige Monate nach dem 10. Januar, wirklich garantiert hätte, nicht ohne weiteres abgelehnt haben und würde es auch jetzt nicht ohne weiteres ablehnen. Zu all solchen Lösungen kann man aber nur gelangen, wenn man die Angelegenheit auf dem Wege vertrauensvoller Verhandlung behandelt. Dazu ist die Reichsregierung jederzeit bereit.

Der französische Ministerpräsident hatte die Einzelheiten seiner vorgezogenen Ausführungen unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Sicherheitsfrage gestellt. Dieses Thema beschäftigt auch in Deutschland die Öffentlichkeit lebhaft. Es liegt auf der Hand, daß das von stark gerüsteten Nachbarn umgebene und entwaffnete Deutschland das Bedürfnis nach Sicherheit lebhaft empfindet. Im Grunde konkretisiert sich in dem Verlangen nach Sicherheit das Bedürfnis, der wirtschaftlichen Verhandlung von London nunmehr auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die noch offenen politischen Probleme folgen zu lassen. Denn die Sicherheitsfrage ist der Kern dieser Probleme. Herriot selbst hat betont, daß es den Nationen möglich sei, sich gegenseitig schärfer umrissene Sicherheitsgarantien zu geben. Wenn er dabei daran denkt, das Endziel einer Weltkonvention durch Abmachungen zwischen einer Gruppe von Staaten vorzubereiten und damit das Problem zunächst für die Fälle zu lösen, in denen es als unmittelbar akut empfunden wird, so ist die Reichsregierung durchaus bereit, hieran positiv mitzuarbeiten. Wenn aber internationale Verträge von der Art des Garantiepactes wirklich wirksam sein sollen, ist es nötig, daß nicht nur die Regierungen rechtlich daran gebunden sind, sondern daß auch der geschlossene Wille der Völker selbst dahintersteht. Manche Wendungen in der Rede des französischen Ministerpräsidenten, bei denen er nicht im Zweifel darüber sein konnte, daß sie das Empfinden des deutschen Volkes verletzen, und der Befehl, den gerade diese Stellen im Parlament gefunden haben, sind nicht geeignet, jene Voraussetzungen zu erleichtern. Eine wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verächter an der Menschheit gestempelt wird. Auch scheint es mir für das Zusammenleben der Völker nicht förderlich, wenn versucht wird, innenpolitische Gegensätze anderer Länder für eine Auseinandersetzung über außenpolitische Probleme zu verwerten.

Davon abgesehen, möchte ich aber die Frage stellen, welchen Anlaß denn das Ausland hat, von der Regierung Luther irgendeine reaktionäre Politik zu befürchten. Es ist gerade mein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundlage im Parlament besitzt und dadurch den parlamentarisch-demokratischen Gedanken in möglichst weitem Umfange verwirklicht. Meine beiden Reichstagsreden geben auch über diesen entscheidenden Punkt klare und eindeutige Auskunft und stellen insbesondere fest, daß die Londoner Vereinbarungen für uns bindendes Recht sind. Der französische Ministerpräsident hat seine ganze Politik zusammengefaßt in die drei Worte: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung. Dieses Programm kann ich für Deutschland ablehnen. Die Reichsregierung ist bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Schiedsgerichtsgedanke, dessen Verwirklichung vielleicht den wertvollsten Teil der Londoner Vereinbarungen darstellt, im internationalen Leben immer allgemeiner zur Geltung kommt. Sie will mitwirken an der Herstellung einer Gewähr für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Einziglich der Abrüstung hat sie eine gewaltige Vorleistung bewirkt und kann nur hoffen, daß der Grund für diese Vorleistung, die allgemeine Abrüstung bald in die Tat umgesetzt wird.

Franszösische Pressestimmen
Paris, 31. Jan. Die gestrige Rede des Reichstanzlers Dr. Luther vor den Vertretern der ausländischen Presse wird bereits von einer Reihe der Morgenblätter besprochen. „Deuxième“ schreibt, es bedürfte anderer Erwidrerungen als der gestrigen, um die an Tatsachen und Beweismaterial reiche Rede des französischen Ministerpräsidenten zu widerlegen. Was die Parallele betreffe, die Dr. Luther zwischen der Konferenz von London, wo die Deutschen zur Diskussion zugelassen wurden, und der Kölner Frage, bei deren Regelung Deutschland nicht gehört worden sei, gezogen habe, so bestche diese Parallele nicht. Die Zulassung Deutschlands zur Londoner Konferenz sei für die Ausführung des Dawesplanes unerlässlich gewesen. In der Kölner Frage habe man nur den Verfall der Verträge angewandt.

Die „Ere Nouvelle“ billigt die Rede und glaubt aus ihr entnehmen zu können, daß die Rede Herriots Früchte gezeitigt habe. Die klare und sehr energische Haltung Herriots habe es Luther gestattet, sich von der Beherrschung der monarchistischen und reaktionären Kräfte loszumachen. Was besonders an der Rede Luthers auffällt — sagt das Blatt weiter — ist die Unabhängigkeit seiner Ansichten. Die Exzessive werden sagen, daß das vielleicht eine Taktik und sogar eine gefährliche Taktik sei. Aber wenn sie wenigstens zur Verhandlung fähig! Die Stunde ist da, wo man mit Deutschland verhandeln muß über die Fragen, die Deutschland und Frankreich betreffen.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Die am Freitag in Essen fortgesetzten Verhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und den Bergarbeiterverbänden über die Verlängerung der Arbeitszeitregelung führten zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber im wesentlichen das bisherige Arbeitszeitabkommen aufrecht erhalten. Da die Arbeitnehmer dagegen in den Tagesbetrieben den schematischen Achtstundentag und untertags 7 1/2 stündige Schichten durchgehends haben wollen, wurde eine Schlichtungskammer gebildet, die am nächsten Donnerstag zusammentreten wird.

Einsatz der Technischen Nothilfe im Bergbau. Auf der zum Bergrevier Darmstadt gehörigen Braunkohlegrube Gernersdorf ist nach Genehmigung der hiesigen Regierung die Technische Nothilfe mit über 100 Mann zur Verrichtung der Notstandsarbeiten eingesetzt worden.

Wiederwahl des preussischen Ministerpräsidenten Braun

Der preussische Landtag hat am Freitag die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen und den bisherigen Ministerpräsidenten Braun (Sozdem.) mit 221 von 436 gültigen Stimmen wiedergewählt, nachdem sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bei vorhergehenden Besprechungen auf die Wiederlandatur Brauns geeinigt hatten. Es wurden abgegeben 441 Stimmzettel. Unbeschrieben waren 6, ungültig 1. Die Mehrheit betrug also von den übrigen 435 Stimmen 218. Abg. Braun erhielt 21. Seine Wahl wurde mit lebhaftem Beifall links und im Zentrum begrüßt. Der deutschnationale Abg. v. Kries erhielt 175, der Kommunist Piek 30 Stimmen. Die sechs weißen Stimmzettel wurden von den Deutsch-Hannoveranern abgegeben.

Freitag abend hatte Ministerpräsident Braun eine längere Besprechung mit den Führern der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, bestand Einigkeit darüber, daß der Ministerpräsident zunächst den Versuch machen möge, das Kabinett der großen Koalition durch Verhandlungen mit der Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung wieder herzustellen, daß aber auch beim Scheitern dieser Lösung unter allen Umständen der Versuch der Kabinettsbildung durch den Ministerpräsidenten Braun fortgesetzt werden soll.

Berliner Pressestimmen
Die Wiederwahl des Sozialdemokraten Braun zum preussischen Ministerpräsidenten wird von der Berliner rechtsstehenden Presse nicht als endgültige Lösung der politischen Schwierigkeiten in Preußen betrachtet. — Die „Deutsche Tageszeitung“ prophezeit dem Ministerium Braun große Schwierigkeiten bei der parlamentarischen Entscheidung über die Vertrauensfrage, die zu stellen, das Kabinett auf Grund der preussischen Verfassung verpflichtet ist, aber nicht nur das Staatsministerium als solches, sondern auch die anderen Minister bedürften des Vertrauens zur Amtsführung. — Auch die „Zeit“ hält es für selbstverständlich, daß Herr Braun als neuer Ministerpräsident die Vertrauensfrage für sein Kabinett stellt. Das Blatt kündigt dann weiter Herrn Braun schärfste Opposition an für den Fall, daß er die Bildung des neuen Kabinetts annehme.

Die „Germania“ unterstreicht in ihren Bemerkungen zur Wiederwahl Brauns, daß die gesamte Zentrumskolonie mit Ausnahme von zwei schwer kranken Mitgliedern an der Abstimmung im Sinne des Präzisionsbeschlusses geschloßen sich beteiligt hat. Maßgebend für die fernere Haltung des Zentrums sei allein die staatspolitische Einstellung. Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, Herr Braun habe mit der Übernahme des neuen Mandats für die Kabinettsbildung die Verpflichtung auf sich genommen, der Regierung eine nach Lage der Dinge möglichst breite parlamentarische Basis zu geben. Braun sei Ministerpräsident der großen Koalition, und man werde erwarten dürfen, daß er bei den kommenden Verhandlungen demgemäß verfähre. Die Entscheidung liege deshalb zunächst bei der Sozialdemokratie, und sie falle auch zum Teil der Deutschen Volkspartei zu. Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet die Wiederwahl Brauns als einen Gewinn für den republikanischen und demokratischen Gedanken.

Der „Vorwärts“ schreibt, Braun werde versuchen müssen, wieder gesicherte Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung der Vorgänge vom 23. Januar ausschließen. Gelingen ihm dies nicht, so sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er die Wahl nicht annehme. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit den Worten: Der parlamentarische Sieg vom 30. Januar muß seine Fortsetzung finden bei den neuen preussischen Landtagswahlen, die voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen werden.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages für die Barmat-Affäre hat am Freitag die Beweisunterlagen für die Untersuchung der Barmat-Affäre in der rein formalen Sitzung am Freitag die Beweisunterlagen zusammen und einigte sich über den zukünftigen Arbeitsplan. So sollen der Ministerialdirektor Köpfe vom Auswärtigen Amt, sowie diejenigen Beamten geladen werden, durch deren Hände alles Aktenmaterial bezüglich der Barmats gegangen ist. Die Akten selbst sollen dem Ausschuß vorgelegt werden. Ferner soll Aufklärung darüber geschaffen werden, wer sich dafür eingesetzt hat, daß die Räume des Hauses Unter den Linden Nr. 74 an die zum Barmatkongern gehörige Berlin-Hamburger Eisenwerke gegen den Widerstand des Finanzministers vermielt wurden. Verschiedene kommunistische Anträge, darunter einer auf Einforderung von Kontoauszügen der Abgeordneten Bauer, Heilmann, Kuttner, Wels, Lüdemann, des Polizeipräsidenten Richter bei verschiedenen Barmatbanken und einer auf Vorlage der Personalakten des Polizeipräsidenten Richter werden abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag des Abg. Dr. Deereberg (D.N.) auf Klarstellung der ihm gewordenen Mitteilung, daß Bauer entgegen seiner Mitteilung am Donnerstag von einer Bank des Barmatkongern ein Darlehen von 263 000 Mark erhalten habe. — Auf eine Beschwerde über die verchiedene Wiedergabe der Ausfühsverhandlungen in der Presse wird mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen, das Protokoll der Verhandlungen nach den stenographischen Aufzeichnungen drucken zu lassen.

Der Ausschuß vertagte sich sodann auf Dienstag 5 Uhr, wo zunächst der Präsident der Staatsbank Dombold, der Polizeipräsident Richter und der Abg. Heilmann vernommen werden.

Über Wert und Umfang des bekannten **Hanauer Lagers** sind in der Presse zahlreiche Veröffentlichungen erschienen. Die Industrieverwaltung A.G., Wehrstr. 12, die bekanntlich die Verwertung übernommen hat, teilt hierzu dem WTB mit, daß bei der noch fortwährenden umfangreichen Bestandsaufnahme schon jetzt festgestellt werden können, daß alle bisher vorhandenen Lagerlisten unvollständig sind. Die Veröffentlichungen über den Wert des Lagers konnten schon aus diesem Grunde nur wenig zuverlässig sein. Auch könne der größte Teil des Lagers dem Verbauche zugeführt werden, weil die Bestände größtenteils in geschlossenen Räumen lagerten. Man dürfe die Bewertung also nicht, wie dies in den meisten Veröffentlichungen geschehen sei, lediglich nach dem Schrottwert ansehen. Infolge der Art und Zusammenfassung des Lagers bestehe besonders Nachfrage seitens Behörden und privaten Bau- und Eisenbahnunternehmungen des In- und Auslandes.

Die Indeziffern. Die auf den Stichtag, den 28. Januar, berechnete Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 21. Januar (138,4) um 1,9 v. Hundert auf 140,4 gestiegen. Die Reichsindeziffer für die Lebenshaltungskosten auf den 28. Januar ist gegenüber der Vorwoche (124) mit 124,4 nahezu unverändert geblieben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die nächste öffentliche Sitzung

findet am Mittwoch, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Beantwortung kurzer Anfragen.
- II. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über:
 1. den Gesetzentwurf über Bürgschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen. Berichterstatter Abg. Schön;
 2. die Mitteilung des Staatsministeriums vom 21. November 1924 Nr. 13 110, Abhör der Rechnung des Rechnungshofs für 1923. Berichterstatter Abg. Freidhof;
 3. die Vorlage des Herrn Minister des Innern vom 12. Januar 1925 Nr. 7415, Flugverkehr, hier Unterstützung durch den badischen Staat. Berichterstatter Abg. Wittenmann;
 4. den Antrag der Abg. Gebhard und Gen., Hagelversicherung. Berichterstatter Abg. Weighaupt.
- III. Beratung über den Antrag der Abg. Schrank u. Gen. Postverhältnisse auf dem Lande.
- IV. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Weighaupt und Gen., Einfuhr von Juchtwich, insbesondere Juchtwich aus der Schweiz.
- V. Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung darüber.

Steuerfragen im Haushaltsausschuß

Der Haushaltsausschuß äußert sich zu den ihm bekannt gegebenen Richtlinien der Steuergesetzgebung des Reiches für die Jahre 1925 und 1926 durch den Berichterstatter Abg. Rüge wie folgt:
I. Den Ländern und den Gemeinden muß unter allen Umständen ein eigenes Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer zuerkannt werden. Der Abschlag des Reiches, für sich ein Anteil von 33 1/2 Prozent der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu beanspruchen, muß entgegengetreten werden. Die Einkommensteuer muß die wesentliche Steuerquelle der Länder bilden. Jede etwaige Erhöhung des Reichsanteils über den bisherigen Anteil von 10 Prozent hinaus muß gegebenenfalls durch entsprechende Erhöhung der Überweisungen aus der Umsatzsteuer vollwertig ausgeglichen werden.

II. Eine größere Anspannung der Grund- und Gewerbesteuer ist im Lande Baden für das Jahr 1925 unmöglich und von der gesamten Wirtschaft nicht mehr tragbar.

III. Eine etwa mögliche Erhöhung der Gebäudesondersteuer kann — unter Vorbehalt der Nachprüfung der Erhöhungsmöglichkeit — im wesentlichen nur für die Steigerung des Wohnungsbaues in Frage kommen und kann nicht im allgemeinen Aufwand des Staates und der Gemeinden zugeführt werden.

IV. Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer können in ihrem bisherigen Umfang von vielen Teilen der badischen Wirtschaft (Landwirtschaft, Kleingewerbe, auch von einem Teil der größeren Gewerbebetriebe) nicht mehr aufgebracht werden. Erleichterungen und Herabsetzungen müssen kommen. Bei den Voraussetzungen muß auch die Berücksichtigung der sozialen Momente (hohe Steuerzahl) möglich gemacht werden.

V. Wegen der Behandlung der Lohn- und Gehaltsempfänger soll die zum Antrag Marum-Deurich getroffene Beschloßfassung des Haushaltsausschusses maßgebend sein. Bei der erhöhten Zuzugung der Einkommen aus Gehalt und Lohn (über 8000 M. hinaus) sollte eine Zwischenstaffelung eingeführt werden.

VII. Die Rückgabe der Finanzverwaltung an die Länder ist anzutreiben.

„Bloch und Bloch“

Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben:

In Nr. 1 der in Lörrach erscheinenden Zeitung „Der Markgräfler“ vom 15. Januar 1925 wird in einem Artikel mit obiger Überschrift eine beleidigende Äußerung die ein Handelsmann Julius Bloch aus Kirchen über den Generalfeldmarschall von Hindenburg gemacht haben soll dazu benutzt, die Staatsanwaltschaft unter Hinweis auf den vor einiger Zeit verhandelten Fall Deimling anzugreifen, weil sie nicht in gleicher Weise wie hier vorgegangen wird bemerkt, daß im Fall Deimling seitens der Beleidigten ein Strafantrag gestellt war und daß der Grund dieses Antrags die Staatsanwaltschaft in der Tat gewesen ist, das Strafverfahren einzuleiten. Solange Generalfeldmarschall von Hindenburg einen Strafantrag stellt, hat die Staatsanwaltschaft gesetzlich nicht die Möglichkeit, vorzugehen. Wenn der Beleidigte Strafantrag stellt, wird die Staatsanwaltschaft ihrerseits nicht zögern im Hinblick auf die Schwere der Beleidigung, die Stellung und Persönlichkeit des Beleidigten sowie die allgemeine Hochachtung und Verehrung, die der Generalfeldmarschall während des Krieges genos und die er sich auch durch sein Verhalten in der Zeit nachher erhalten hat, das Erforderliche zu tun.

Weiterhin ist in dem Artikel bemerkt, daß ein Mund Bloch aus Lörrach sich über das dortige Bezirksamt auf Anlaß einer Kopierweigerung in beleidigender Weise ausgesprochen habe, ohne daß hierwegen eingeschritten worden sei. Hierzu ist zu bemerken, daß von dem Bezirksamt Lörrach schon vor Erscheinen des Artikels im „Markgräfler“ Erhebungen darüber angestellt worden sind, ob die angebliden Äußerungen des Mundi Bloch überhaupt gefallen sind. Nach Abschluß dieser Erhebungen wird Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Voraussetzungen für Stellung eines Strafantrags gegeben sind. Die Staatsanwaltschaft kann jedenfalls nicht einschreiten, es das Bezirksamt diesen Strafantrag gestellt hat.

Damit entfallen auch die am Schluß des Artikels enthaltenen, vollständig unzutreffenden und jeder Grundlosigkeit entbehrenden allgemeinen Folgerungen.

Von den bad. Hochschulen. Der Professor für alte Geschichte und derzeitige Rektor der Universität Frankfurt a. M. Welzer, hat den an ihn ergangenen Ruf nach Heidelberg als Nachfolger Domsatzow abgelehnt.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, neu und gebraucht, zu günstigen Preisen und Bedingungen. Frankfurter

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167
Salamanderschuhhaus
Telefon 1073

Sprengstoff-Funde in Kastatt

Espielende Knaben haben nördlich der Ludwigsfeste in Kastatt Sprengmunition gefunden. Bei den polizeilichen Nachforschungen zeigten sich Verdachtsmomente, nach welchen Mitglieder der KPD die Sprengstoffe vergraben haben. Durch Hausdurchsuchungen wurde dieser Verdacht verstärkt; die Staatsanwaltschaft hat für mehrere Personen Haftbefehle ausgestellt und die Angelegenheit an den Oberstaatsanwalt abgegeben.

Spenden für die Erhaltung deutscher Kriegergräber in Feindesland

Auf seine Bitte an den gesamten Großhandel und die gesamte Industrie des badischen Landes, die Erhaltung der deutschen Kriegergräber im Feindesland sicherzustellen, haben eine ganze Anzahl von Firmen in dankenswerter Weise dem Landesverband des Volksbundes „Deutsche Kriegergräberfürsorge e. V.“ namhafte Beträge zur Verfügung gestellt, über die dieser unter Aufzählung der einzelnen Spenden mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes öffentlich quittiert.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Luftfahrt-Ausstellung

Die Karlsruher Luftfahrt-Ausstellung, die am heutigen Samstag mittag eröffnet wird, wird auch in der nächsten Ausstellung Etüde von ganz besonderer Interessanz aufweisen. Aufgeschnittene Motore lassen einen Blick in die inneren Vorgänge dieser Kraftmaschinen zu, die den meisten Besuchern wohl doch noch unbekannt sein werden. Besonders ist zu begrüßen, daß zwei neue deutsche Kleinmotore eingetroffen sind, der 15 PS Köhler-Motor für schwere Motorräder und der 30 PS Wodenia-Motor, der als Hilfsmotor für Segelflugzeuge gedacht ist. Bekanntlich sind wir ja in der Leichtmotorindustrie noch stark von England abhängig, wo der stark ausgebildete Motorrad-Sport schon seit Jahren eine vorzügliche Leichtmotorindustrie sich hat entwickeln lassen.

Zu den besonderen Sehenswürdigkeiten kann man auch die ausgestellte Eisenmann-Vichtanlage zählen, da sie eine genaue Kopie der im Amerika-Luftschiff eingebauten Vichtanlage darstellt. Es sei hierbei noch bemerkt, daß in der Luftbildabteilung drei Aufnahmen von Newport enthalten sind, die von dem bei Sonnenaufgang dort eingetroffenen Luftschiff aus aufgenommen wurden.

Die Meteorologie und Wetterkunde wird auf der Ausstellung besonders gut vertreten sein. Ist sie doch für den Flugbetrieb von außerordentlicher Wichtigkeit. Viele, die täglich die Wetterberichte in der Zeitung lesen, wissen nicht wie sie zustande kommen. In der Ausstellung werden nun alle Instrumente

zu sehen sein, die zur Erforschung der Bitterung und zur Ermöglichung der Wettervorhersage notwendig sind. Raketen, Pilotballone und die notwendigen Instrumente sind aufgestellt, und über den Luftschiffdienst selbst geben Wandkarten Aufschluß, die durch Karten über die europäischen Fluglinien ergänzt werden.

Kraftverkehr Karlsruhe-Pfalz. Unter diesem Zeichen führt der von der Braunschweiger Spezialfabrik Wüsting-Magdeburg erbaute Sechsrat-Damibus, mit Vertretern der Presse und Mitgliedern des Verkehrsvereins Karlsruhe an Bord, Freitag vormittag über den Rhein, um auf seiner zweiten Probefahrt zugleich auch verschiedenen Städten der Süd- und Vorderpfalz Gelegenheit zu geben, den modernsten Typ eines für den Überlandverkehr zweckmäßig eingerichteten Kraftwagens kennen zu lernen. Auf der bis Landau, Edenloben und Neustadt ausgedehnten Rundfahrt erregte das Diesellokomotive sehr viel Aufsehen und war Gegenstand eifriger Erörterungen auch in bezug auf den durch sein plötzliches Erscheinen propagierten Gedanken einer eben, regelmäßig einzurichtenden Verbindung. Auf Veranlassung des Verkehrsvereins fanden sich an den verschiedenen während der Fahrt berührten Orten auch die Behörden zur näheren Besichtigung ein. Überall wurde die Anregung sehr lebhaft begrüßt und damit die Möglichkeit ihrer praktischen Verwirklichung abermals in greifbarere Nähe gerückt. Aus herzlichen Worten der verschiedenen Bedner war immer wieder zu entnehmen, daß weite Teile der Pfalz jederzeit bereit sind, die freundschaftlichen Verbindungen mit Baden und insbesondere mit der Landeshauptstadt nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern womöglich noch fester zu gestalten. Erwähnenswert ist noch, daß der Wagen auch auf dieser rund 150 Kilometer langen Probefahrt alle Schwierigkeiten des durchfahrenen Geländes trotz schlechten Wetters glatt überwand und seine Leistungen wohlverhalten gegen 10 Uhr abends nach Karlsruhe zurübrachte.

Verkehr mit dem besetzten Gebiet. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Nach den Vorschriften für den Verkehr mit dem besetzten Gebiet können alle deutschen Staatsangehörigen über 16 Jahre und alle Staatsangehörige einer Macht, deren Truppen an der Besatzung teilnehmen, die über 16 Jahre alt sind und im unbesetzten Deutschland ständig wohnen, unbeschränkt zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiete verkehren vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines Personalausweises mit Lichtbild oder eines von ihrer Heimatbehörde ausgestellt und beglaubigten Passes sind. — Da die Besatzungsbehörde in letzter Zeit die Personalkontrolle sehr scharf handhabt und Reisende ohne jegliche Ausweise in Geldstrafen nimmt, kann nur dringend geraten werden, sich mit den vorgeschriebenen Ausweispapieren zu versehen.

Ein 2. (letzter) lustiger Abend Marcell Salzer findet am Donnerstag in der Eintracht statt. Einige wenige der erfolg-

reichsten Stücke des letzten Programms, das so außerordentlich gefallen hat, gelangen zur Wiederholung, sonst aber wird eine andere Auslese heiterer Meisterschöpfungen und Neues geboten. Die Eintrittspreise sind diesmal noch niedriger.

Kurze Nachrichten aus Baden

B. Billingen, 29. Dez. Die Vorgänge am 8. September vorigen Jahres, bei denen die Teilnehmer einer geschlossenen Versammlung des Deutschen Nationalen Jugendbundes, Landesverband Südmark, nach Schluß der Versammlung von einer lärmenden Menschenmenge auf der Straße empfangen, verfolgt und mit Steinwürfen überschüttet worden sind, und mehrere Personen zum Teil durch Messerstücke verletzt wurden, kamen dieser Tage vor dem Schöffengericht Konstanz, das hier tagte, zur Verhandlung. Angeklagt waren der 19jährige Kaufmann Erich Scholz, der 20jährige Hilfsarbeiter Eugen Hoffmann wegen schweren Landfriedensbruchs, der 23jährige Dreher Karl Steiger und der 25jährige Gießer Karl Bessert wegen einfachen Landfriedensbruchs. Die beiden ersten Angeklagten wurden zu 6 Monaten Gefängnis, die beiden anderen zu 3 Monaten Gefängnis unter Erteilung von Strafaufschub auf Wohlverhalten verurteilt.

Verschiedenes

Die Verhaftungen beim Frankfurter Wohnungsamt
W.D. Frankfurt a. M., 31. Jan. In der Angelegenheit der Verhaftung des Leiters des hiesigen Wohnungsamtes sowie verschiedener anderer in die Angelegenheit verwickelter Personen, wird heute morgen amtlich mitgeteilt, daß heute Vormittag auch die Beamten der Abteilungsabteilung Götze, Krebs und Reith wegen Bestechung festgenommen worden sind. Auch der Angestellte Ohl ist unter dem Verdacht der Bestechung festgenommen worden. Über das Ergebnis der bisherigen Untersuchung kann infolge des Umfangs der Angelegenheit noch nichts Endgültiges mitgeteilt werden.

13 000 Selbstmörder im Jahre
Aus einer amtlichen Statistik geht hervor, daß in Deutschland jährlich durchschnittlich 13 000 Personen ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende machen. Die größte Zahl der Selbstmörder entfällt auf Götting und Berlin, an letzter Stelle stehen unter anderem Dresden und Wiesbaden. Interessant ist auch die Feststellung, daß die meisten Selbstmorde an Montagen verübt werden. Am wenigsten Selbstmorde werden an Samstagen und Sonntagen verübt.

Geschäftliches

Die „Weltensieger-Gesellschaft m. b. H. Baden-Baden“ liefert ihre unterwühlischen „Weltensiegermodelle“ an Schulen, Sport- und Turnvereine.

Badisches Landestheater
Sonntag, 1. Februar. 6 b. n. 9¹/₂ Uhr. M. 7.—. Th.-Gem. III. Sonderg.
Margarete.
Im Konzerthaus:
Sonntag, 1. Februar. 7—9¹/₂ Uhr. M. 3.80.
In der Neueinstudierung: **Das Glas Wasser.**

Junge Leute
15-36 J., erlern. Autofahren kostenlos, Stell. als Autobegleiter in allen Provinz. b. Gehalt, Verpfleg. Später Führerschein. Viele Danksch. Information u. Rat durch die Informationsabt. d. Auto- u. Chauffeur-Nachr., Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e. G. m. b. H. Freiprospekt geg. Rückporto versend. Chauffeur-Nachricht., Berlin NW6

Besucht noch heute die Badische Luftfahrt-Ausstellung
Karlsruhe in der städt. Ausstellungshalle vom 31. 1. 25 bis 8. 2. 25 Geöffnet von 10—10 Uhr

Eintracht
Donnerstag, 5. Februar, 8 Uhr
Auf vielfachen Wunsch 2. (letzter) lustiger Abend Marcell Salzer
Einige wenige der erfolgreichsten Stücke des letzten Programms, das so außerordentl. gefallen hat, gelangen zur Wiederholung, sonst aber wird eine andere Auslese heiterster Meisterschöpfungen und Neues geboten. Die Eintrittspreise sind diesmal noch niedriger, sie betragen 0,971 **3.—, 2.—, 1.50 u. 1.— Mk.**
Kurt Neufeldt, Waldstraße 39

Müller's
NR. 516
Kugelspitz-Feder
LEIPZIGER STAHLFEDERFABRIK HERM. MÜLLER, A.-G. LEIPZIG-LI.
stets bevorzugt

Wahl für die Apothekerkammer in Baden.
Gemäß § 12 Absatz 1-4 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 und der Verordnung Ministeriums des Innern vom 25. September 1920, G. u. V. Bl. S. 487 sind als Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder für die Apothekerkammer auf die Dauer von 4 Kalenderjahren gewählt:

Kreis:	Mitglied:	Ersatzmann:
Konstanz	Dr. Hölzle-Konstanz	Dr. Leiner-Konstanz
Billingen	Rich. Baur-Donaueschingen	J. Winterhalder-Dürckheim
Waldshut	Dr. Steiner-Schopfheim	Dr. Reutter-Waldshut
Lörrach	H. Dorff-Freiburg	A. Ringada-Freiburg
Freiburg	J. Herz-Haslach	H. Wessling-Gengenbach
Offenburg	H. Pfäfers-Baden-Baden	H. Ehrhardt-Löhren
Baden	1. Dr. Lafemeyer-Karlsruhe	1. Dr. Ostermayer-Pforzheim
Karlsruhe	2. O. Lub-Pforzheim	2. Th. Mayer-Karlsruhe
Mannheim	1. G. Schütz-Mannheim	1. A. Oettinger-Plankstadt
Heidelberg	2. W. Metz-Mannheim	2. A. Metz-Mannheim
Rosbach	J. Wabstübner-Heidelberg	A. Kirchmayer-Redargemünd
	Dr. Neumayer-Eberbach	Dr. W. Weng-Adelsheim

Gruppe II.

Mitglied:	Ersatzmann:
A. Borner-Freiburg	W. Himmelreich-Lörrach
H. Knoblauch-Heidelberg	H. Peter-Mannheim
H. Weigle-Heidelberg	H. Hellwich-Freiburg
L. König-Lörrach	H. Brandstätter-Freiburg
H. Stubenhofer-Mannheim	H. Längin-Karlsruhe
Dr. Fr. Schirmer-Freiburg	J. Lenz-Karlsruhe

Der Vorstand der Apothekerkammer in Baden
Dr. Lafemeyer, Vorsitzender.

STAND- UHREN
Wundervoll in Form & Klang, doch dazu praktischer Gang!
Versäumen Sie nicht, meine Ausstellungs-Räume zu besichtigen, einzig in ihrer Art, sämtliche Werke sind im Gang zu sehen.
Kein Kaufzwang!
Größtes Lager am Platze in **HAUS-UHREN** mit 1/2, 3/4, u. 4/5 Schlagwerken bis zu 12 Gong.
Spielwerke, Westminster, Whittington Koh und alle Beiztöne vorhanden.
Versand nach allen Plätzen unter Garantie.
Reparatur-Werkstätte.
Teilzahlung gestattet.
RICH. KITTEL
Uhren, Gold- und Silber-Waren
KARLSRUHE I. B., Am Stadtgarten Nr. 1
Am neuen Hauptbahnhof Telefon Nr. 2540

Baustoffgroßhandlung liefert Syndikats-Portlandzement
erste Marke zu Syndikatspreisen
an Baumaterialienhandlungen und Baugeschäfte und vergibt Alleinverkauf für Karlsruhe und andere Plätze in der weiteren Umgebung. Interessenten erfahren Näheres unter D. 685 von der Expedition der Karlsruher Zeitung.

Benzin-Ersparnis bis zu 30%
1 Gramm auf 1 Liter Brennstoff? D. 970
Das verbesserte Sonlandin, glänzt begutachtet, spart durch den Verbrennungsvorgang wesentlich an Betriebsstoff u. Zündkerzen, vermindert die schädlichen Vorzündungen u. daß unverbr. Gase verloren gehen. Sonlandin verbilligt die Erhaltungskosten des Motors weit über die Hälfte. Überraschende Wirkung. Proben gegen Vorzensend. oder Nachn. von M. i. —. Werks-Verkauf für Baden Thiemo & Co., Mannheim, H.-Lanzstr. 31
Tätige Vertreter gesucht

Stammholzverfeigerung.
Die Gemeinde Gamsbrunn verfeigert am Dienstag, den 3. Februar d. J., mittags 12 Uhr, im Hofe dahier, nach-erzeignete Holzger:
26 Eichen I.—VI. Kl., 64 Eichen IV.—VI. Kl., 58 Eichen IV.—V. Kl., 4 Hainbuchen IV.—V. Kl., 1 Birke, 1 Ulme, 1 Pappel.
Der Gemeinderat.

3. 283. Bruchsal. Über das Vermögen des Kaufmanns Adolf Kappes in Bruchsal wurde heute am 29. Jan. 25, nachm. 6 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwält Stoeckert in Bruchsal. Anmeldefrist: 18. Febr. 1925. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: Freitag, 27. Februar 1925, vormittags 11 1/2 Uhr, offener Arrest u. Angezeifrist: 18. Februar 1925. Bruchsal, 29. Januar 1925. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Stammholzverfeigerung.
Die Gemeinde Schutterwald verfeigert am Montag, 9. Februar d. J. vormittags 10 Uhr beginnend, im diesjährigen Hiebsschlag folgende Stammholzger:
73 Eichen Ia.—V. Klasse, 115 Eichen III.—V., 28 Eichen IV.—V., Waldhüter Winkler hält auf schriftliche Bestellung Listen bereit.
Schutterwald, 27. Jan. 1925. Gemeinderat.
Junfer, Bgm-Stellv. Richters, Ratsschreiber.

Brennholzverfeigerung
des Forstamts Karlsruhe aus Staatswaldbezirk „Neupforzell“ Donnerstag, den 5. Februar d. J., nachmittags 1 Uhr, im „Goldenen Löwen“ in Leopoldshafen: 132 Ster Hartholz, 32 Ster Weichholz, 79 Ster Hartholz, 48 Ster Weichholz, 3000 Wellen. Forstwart Raier in Egenstein zeigt das Holz. 3. 287

Erste Badische Luftfahrt-Ausstellung Karlsruhe

31. JANUAR bis 8. FEBRUAR 1925

Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Motorräder

von höchster Präzision und Werkarbeit sind:

Mars 7,3 PS Imperia Hecker

Maybach-Motor anerkt. beste Seitenwagenmaschine. Peka-Seitenwagen in Sport- u. Tourenausf., Pendelachse
350 ccm, 500 ccm, 750 ccm
Motosacosch- oder Blackburne-Motor
0,74 PS, 2 Gänge, steuer- u. führer-scheinfrei, 65 km Geschwindigkeit
4 1/2 PS, 3 Gänge, Kettenantrieb

Unsere neuesten Modelle finden Sie auf der I. Badischen Luftfahrt-Ausstellung vom 31. I.-8. II. 25

Vertreter:
Wilhelm Göhler
Inhaber: Emil und Wilhelm Göhler
Motorradhaus
Waldstr. 40c Tel. 1519

Geschw. Schmid :: Karlsruhe
Spezialgeschäft bester Solinger Stahlwaren
Kaiserstr. 88 — Nähe Marktplatz — Telefon 3394



987

Empfehlen erstklassige
Taschenmesser / Rasiermesser / Scheren / Haarschneidemaschinen
Bestecke aller Art, Löffel etc.

Reparaturwerkstätte: Feinschleiferel

F. Wilhelm Doering
Spielwaren-Geschäft
KARLSRUHE
Ecke Ritter- u. Zähringerstraße

988

Modellflugzeuge und Einzelteile
Koloplan-Drachen und Zubehör
Luftballons und Experimentiersachen

Ausstellungs-Restaurant

ff. Weine und Liköre
prima Sinner Export hell
Kaffee und Kuchen

Geheizte Räume

989

Geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends

M. Erhardt

Unverwüstliche

„Weltensegler-Modelle“

freifliegend

Massenbedarf für Schulen, Sport und Turnvereine

994

liefern: **Weltensegler-Gesellschaft m. b. H., Baden-Baden** kz.

Für **25 Mk.** Anzahlung bekommen Sie
1 stabilen Emailherd

oder **Nähmaschine**

mit Fabrik-Garantie. Die Ware wird sofort bei Anzahlung verabfolgt.

Kunzmann, Karlsruhe i. B.
Zähringerstraße 46 Telefon 1142

Max Jenewein & Sohn

Automobil-Zubehör-Großhandlung

Kriegsstraße 128 **Karlsruhe** Telefon 2522



Armaturen • Zenith-Vergaser
Ersatzteile • Material für den
Flugzeugbau • Meßinstrumente

996



Für **25 Mk.**

Anzahlung bekommen Sie

stabiles Herren- oder Damenfahrrad

mit 2 Jahre Garantie

Die Ware wird sofort bei Anzahlung verabfolgt.

Fahrrad-Kunzmann
Telephon 1142 **Karlsruhe** Zähringerstraße 46

Radio-Telephonie-Apparate
und Einzelteile

nur erstklassige Fabrikate liefert zu billigsten Preisen

995

Wölfler & Leenen

Stefanienstraße 17 **KARLSRUHE** Telefon 4254
Besuchen Sie die f. Interessenten kostenl. Vorführungen

Durch eigene Fabrikation — bin ich in der Lage —

Berufs-Kleider

und **Sport-Bekleidung**

aller Art sehr preiswert zu liefern

997

Bekleidungs-Industrie
Telephon 515 **Durlach** Telephon 515



Freitragende Holzlamellenkonstruktionen für jede Spannweite bis 50 Meter
Vollkommenste Raum-Ausnutzungs-Möglichkeit mit 20 bis 40% kostenlosen Raumgewinn.

Nokkstr. 20

Ausgestellt auf dem Ausstellungsgelände der I. Badischen Luftfahrt-Ausstellung Karlsruhe 1925

100

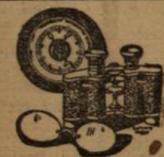
Zollinger-Bauten

Badische Hallenbau-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe i. B.



Ausführung von Wohnhäusern, Scheune, Schuppen, Werkstätten, Hallen jed. Art u. Größe. Rascher Aufbau. Anlieferung innerhalb 10 Tagen. Kostenschnelligkeit kostenlos.

Fernruf 770



J. W. Krautinger

Optisches Spez.-Institut
Kaiserpassage, Eingang Waldstrasse

Größtes Lager aller ins optische Fach einschlägigen Artikel:
Prismengläser all. Systeme, Feldstecher, Operngläser, Höhenmesser etc.

991

Druck G. Braun, Karlsruhe.